

Merkel räumt Fehler ein

Kanzlerin gibt Erklärung zu Afghanistan ab, verteidigt Handeln aber auch



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt bei der Sondersitzung des Bundestags am Mittwoch eine Regierungserklärung zur Lage in Afghanistan ab.

MICHAEL FISCHER UND JÖRG BLANK

Berlin. Kanzlerin Angela Merkel hat im Bundestag Fehleinschätzungen in Afghanistan eingeräumt und sich als Konsequenz für eine Überprüfung aller Bundeswehreinätze stark gemacht. Den viel kritisierten Umgang mit den ehemaligen afghanischen Mitarbeitern von Bundeswehr und Bundesministerien verteidigte die CDU-Politikerin in ihrer Regierungserklärung. Außerdem sprach sie sich für Verhandlungen mit den militant-islamistischen Taliban aus, die zugesagt haben, dass Afghanen auch nach dem Abzug der US-Truppen das Land verlassen dürften.

Der Bundestag stimmte nachträglich dem seit mehr als einer Woche laufenden Evakuierungseinsatz der Bundeswehr mit bis zu 600 Soldaten mit einer großen Mehrheit von 539 Stimmen zu. Es gab 9 Gegenstimmen und 90 Enthaltungen. Die Linksfraktion hatte als einzige Fraktion vorher beschlossen, der Rettungsmission nicht zustimmen zu wollen. Wegen des Abzugs der US-Truppen vom Flughafen der afghanischen Hauptstadt wird mit einem Ende des Einsatzes schon in den nächsten Tagen gerechnet.

Die Taliban hatten Afghanistan Mitte August in wenigen Tagen und ohne größere Gegenwehr der Streitkräfte erobert. 26 westliche Staaten versuchen nun in einer Hauruck-Aktion, ihre eigenen Staatsbürger und schutzsuchende Afghanen auszufliegen. „Die Entwicklungen der letzten Tage sind furchtbar, sie sind bitter“, sagte Merkel dazu. „Für viele Menschen in Afghanistan sind sie eine einzige Tragödie.“

Die CDU-Politikerin räumte erneut ein, dass die Bundesregierung wie auch die gesamte internationale Gemeinschaft Fehleinschätzungen getroffen habe. Sie kündigte eine intensive Aufarbeitung der Hintergründe des Desasters an. Von den Antworten werde „abhängen, welche politischen Ziele wir uns realistischerweise für zukünftige und für aktuelle weitere Einsätze im Ausland setzen dürfen“.

Kanzlerin spricht von Dilemma

Den Vorwurf einer zu zögerlichen Aufnahme ehemaliger afghanischer Mitarbeiter wies Merkel weitgehend zurück. Man sei in einem Dilemma gewesen. „Stellen wir uns für einen Moment vor, Deutschland hätte im Frühjahr nicht nur mit dem Abzug der Bundeswehr begonnen, sondern gleich auch mit dem Abzug von Mitarbeitern und Ortskräften deutscher Hilfsorganisationen“, sagte sie. „Manche hätten dies sicher als vorausschauende Vorsicht gewürdigt, andere dagegen als eine Haltung abgelehnt, mit der Menschen in Afghanistan im Stich gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden.“ Die Bundesregierung habe damals sehr gute Gründe dafür gesehen, den Menschen in Afghanistan nach dem Abzug der Truppen wenigstens in der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu helfen.

Das Patenschaftsnetzwerk für die Ortskräfte, eine unabhängige Hilfsorganisation, hatte der Bundesregierung „unterlassene Hilfeleistung“ vorgeworfen und vor allem das Kanzleramt verantwortlich gemacht.

Auch in der Debatte gab es scharfe Kritik am Agieren des Kabinetts. Linksfraktionschef Dietmar Bartsch sagte an die Adresse von Außenminister Heiko Maas (SPD), Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Innenminister Horst Seehofer (CSU): „Die letzten Wochen sind unentschuldig. Die Folgen Ihrer Fehler gefährden Menschenleben. Sie sind in Ihren Ämtern gescheitert.“ FDP-Fraktions- und Parteichef Christian Lindner forderte breite Hilfen für Unterstützer der Bundeswehr, Hilfsorganisationen, Frauen- sowie Menschenrechtler und Journalisten in Afghanistan. „Deutsche Bürokratie darf hier kein Menschenleben fordern.“ Die SPD-Abgeordnete Sarah Ryglewski aus Bremen sagte: „Es ist unsere Pflicht, denen, die uns geholfen haben, eine Perspektive zu bieten.“

Die AfD-Fraktion unterstützt nur in eng begrenztem Umfang die Evakuierung ehemaliger Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan. Darüber hinaus sollte Deutschland aber keine weiteren Flüchtlinge aus dem inzwischen wieder von den Taliban kontrollierten Land aufnehmen.
